

Einen Tatverdächtigen ermittelt

An Basler Schulen häufen sich Amokdrohungen. Dahinter steckt vermutlich ein Trend aus den sozialen Medien.

Silvana Schreier

In den vergangenen Wochen ist es zu fünf Amokdrohungen an Basler Schulen gekommen. Nun teilt das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) mit, ein Tatverdächtiger habe ermittelt werden können. Bei vier Drohungen seien die Urheber noch unbekannt. Alle hatten sich an Sekundarschulen gerichtet. «Sämtliche Drohungen wurden schriftlich kommuniziert, in einem Fall auf einem Blatt Papier, in allen anderen Fällen an den Wänden der betroffenen Schulgebäude», sagt Polizeisprecher Stefan Schmitt zur bz.

Tatsächlich häufen sich derzeit Amokdrohungen an Schweizer Schulen: Verschiedene Medien berichteten seit Oktober von vergleichbaren Fällen in Zürich, Wil, Yverdon-les-Bains und weiteren Orten. Die Baselbieter Polizei konnte am Dienstag ebenfalls vermelden, dass zwei tatverdächtige Personen ermittelt worden seien. Ein 15-Jähriger aus MuttENZ und ein 14-Jähriger aus Pratteln hätten Drohtexte an Toilettenwänden in den Sekundarschulhäusern Hinterzweien in MuttENZ und Fröschmatt in Pratteln angebracht. Beide sind laut Mitteilung geständig.

«Glücklicherweise nicht eingetroffen»

In Basel-Stadt stellen die Schulleitungen sowie die Polizei eine deutliche Zunahme an Drohungen seit November fest. Schmitt: «In den Jahren davor kam es vereinzelt vor, dass Drohungen an Schulen abgegeben, die angeordneten Taten aber glücklicherweise nicht ausgeführt wurden.»

Die Basler Behörden gehen in allen Fällen davon aus, dass die Drohung im Zusammenhang mit einer «Challenge» gestanden habe. Im sozialen Netzwerk Tiktok kursieren Videos, in denen sich Jugendliche damit brüsten, einen Amokalarm oder gar einen Polizeieinsatz auszulöst zu haben. Daniel Sollberger



Basler Behörden gehen davon aus, dass die Drohungen mit einer «Challenge» eines sozialen Netzwerks zusammenhängen. Bild: Sandra Ardizzone

leitet die Basler Präventions- und Jugendpolizei. Er sagt: «Amokdrohungen als Scherz oder Mutprobe sind nicht lustig und zudem geschmacklos.»

Die Polizei wurde jeweils von den Schulleitungen über den Drohbrief informiert. Schmitt: «Die Polizei war in den betroffenen Schulen präsent.» Polizistinnen und Polizisten hätten in Bereitschaft gestanden, um eine konkrete Bedrohungssituation möglichst rasch abwenden zu können. «Glücklicherweise ist diese an keiner Schule eingetreten, und es mussten keine weiteren Massnahmen eingeleitet werden.»

Gleichzeitig wurden Verfahren eingeleitet, um die Täterschaft zu ermitteln. Denn: «Die Jugendlichen scheinen sich der Konsequenzen nicht wirklich bewusst zu sein», sagt Präventionsexperte Sollberger. Im jüngsten

«Jugendliche scheinen sich der Konsequenzen nicht bewusst zu sein.»

Daniel Sollberger
Leiter Präventions- und Jugendpolizei

Fall einer Amokdrohung an einer Basler Schule wählte die Polizei deshalb den Weg der direkten Ansprache der Schülerinnen und Schüler. Damit wollte man die mutmasslichen Täter, aber auch Mitwissende sensibilisieren und

vermitteln, wie problematisch eine solche Drohung ist. «Einsätze wie diese beschäftigen viele Polizistinnen und Polizisten, die in dieser Zeit nicht für andere Notrufe zur Verfügung stehen», sagt Sollberger.

Präventionsmassnahmen werden geprüft

Der eine Tatverdächtige, der von den Basler Strafverfolgungsbehörden ausfindig gemacht wurde, sei vor dem Datum, das er in seiner Drohung genannt hatte, vorübergehend festgenommen worden. Er habe angegeben, «ein vorgefundenes Schreiben verfasst zu haben, und beteuerte, dass er lediglich einen Scherz machen wollen», heisst es in der Mitteilung. Eine solche Drohung ist ein Offizialdelikt, weshalb immer die Polizei eingeschaltet und ein Strafverfahren eröffnet wird. In

den beiden Basel ermittelt unterdessen die Jugendanwaltschaft in allen Fällen.

Die Basler Polizei und das Basler Erziehungsdepartement (ED) wollen weitere Schritte zur Sensibilisierung der Jugendlichen einleiten. Sollberger sagt: «Sobald ein Trend die Sicherheit des Einzelnen oder der Bevölkerung gefährdet, prüft die Jugend- und Präventionspolizei entsprechende Präventionsmassnahmen.» In der fünften Primarschulklasse würden bereits obligatorische Unterrichtsstunden stattfinden, die sich mit der Medienkompetenz und den Gefahren von Inhalten aus den sozialen Medien befassen.

Gleichzeitig wird an die Eltern und Erziehungsberechtigten appelliert. Sie sollen ihre Kinder und Jugendlichen auf die Thematik ansprechen und auf die Konsequenzen aufmerksam machen.